

Stadt Zürich macht Ernst mit dem Atomausstieg

Überraschend deutliches Ja zur energiepolitischen Vorlage



Die Zürcher Stadträte Robert Neukomm, Andres Türler und Kathrin Martelli (von links) dürften sich über die städtischen Abstimmungsergebnisse freuen.

ADRIAN BAER

Die Stadtzürcher Stimmberechtigten haben mit 76,4 Prozent Ja-Stimmen-Anteil einem mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie zugestimmt. Gleichzeitig befürworteten sie eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs sowie eine beträchtliche Senkung der CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2050.

ami. In der Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird künftig stehen, dass sich die Limmatstadt an keinen neuen Atomkraftwerken beteiligt und auch auf neue Bezugsrechte für Atomstrom verzichtet. Dies kommt einem sukzessiven Ausstieg aus der Atomenergie in den nächsten rund 30 Jahren gleich. Die grösste und wichtigste Beteiligung der Stadt Zürich – jene am AKW Gösgen, das heute für gut 40 Prozent des Zürcher Stromverbrauchs sorgt – wird 2039 enden. Dass das Zürcher Stimmvolk der energiepolitischen Abstimmungsvorlage mit 76,4 Prozent zustimmen würde, war nicht vorauszusehen – und ist aus Sicht der Stadt als grosser Erfolg zu werten. Denn dieser neue Satz im Stadtzürcher Grundgesetz

hatte im Vorfeld des Abstimmungswochenendes viel Staub aufgewirbelt. Die wichtigsten Wirtschaftsverbände der Schweiz – darunter auch der Dachverband Economiesuisse sowie der schweizerische Gewerbeverband – hatten den langfristigen Atomausstieg mit einer kostspieligen Kampagne bekämpft. Es erstaunt deshalb wenig, dass am gestrigen Sonntag die zuständigen Stadträte Andres Türler und Robert Neukomm mit einem triumphierenden Lächeln vor die Medien traten.

«Ein weitsichtiger Entscheid»

Am deutlichsten war das Ja im Wahlkreis 4 und 5, wo die Vorlage mit 84,8 Prozent durchgewinkt wurde. Mit 80,8 Prozent Ja-Stimmen folgte der Wahlkreis 6, auf dem dritten Rang lag der Wahlkreis 3 mit 80,4 Prozent Ja-Anteil. In der SVP-Hochburg Schwamendingen – die SVP hatte die Vorlage als einzige politische Partei abgelehnt – fiel das Ja zwar am tiefsten aus, mit 67,7 Prozent war es dennoch überaus deutlich. Anzumerken ist, dass die energiepolitische Vorlage mit 46,4 Prozent die höchste Stimmbeteiligung unter den vier städtischen Vorlagen verzeichnete.

Mit der Annahme der energiepolitischen Vorlage unterstützen die Stimmbürger auch die Senkung des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung, die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Kopf und Jahr sowie die Förderung der neuen erneuerbaren Energien wie etwa Wind- oder Solarenergie. SP-Stadtrat Robert Neukomm sprach gestern nach Auszählung der Stimmen von einem wegweisenden Entscheid, der die Weichen für mindestens zwei Menschengenerationen sowie etwa zehn Politiker-Generationen stellen werde. Er sei stolz darauf, dass Zürich in der Umweltpolitik mit gutem Beispiel vorangehe. Klar sei jedoch schon heute, dass der Kanton Zürich und der Bund hier mithelfen müssten. Der FDP-Stadtrat Andres Türler verglich das jetzige Ja mit der Zustimmung der Zürcher Stimmbürger vor 100 Jahren zu einem Kredit für den Bau von Hochspannungsleitungen von Sils im Domleschg bis nach Zürich – und dies trotz damaligem Abraten der ETH. Mit dem jetzigen Ja bewiese Zürich die gleiche Weitsicht wie damals.

Türler fühlt sich mit der überaus deutlichen Annahme in seiner Befürchtung bestätigt, dass die Stimmbürger auch einem sofortigen Verkauf der Zürcher Anteile am Kernkraftwerk Gösgen zugestimmt hätten sowie dem Ausstieg aus der Atomenergie in 10 Jahren, wie dies eine Initiative der Grünen gefordert hatte. Die Abstimmungsvorlage war letztlich ein Kompromissvorschlag des Stadtrates, um einen raschen Atomausstieg zu verhindern. «Hätten wir unsere Anteile an Gösgen verkaufen müssen, hätten wir schon heute unsere Selbständigkeit verloren. Dann könnten wir nicht mehr über den Strompreis und die Qualität des Stroms bestimmen», sagte Türler. Mit

Nicht zu lange experimentieren

Es mag ein Zufall sein, dass gestern bekanntgeworden ist, dass nach dem Stromkonzern Atel diese Woche auch Axpo und BKW Gesuche für neue Atomkraftwerke einreichen. Klar ist hingegen, dass Zürich mit keinem der drei Energieunternehmen zusammenspannen wird. Das Verdikt der Zürcher Stimmberechtigten war deutlich: Über 76 Prozent wollen sich nicht am Bau von neuen Atomkraftwerken beteiligen. Der Entscheid der grössten Stadt der Schweiz wird ohne Zweifel Auswirkungen haben auf die eidgenössische Atomdiskussionen. Obwohl der Bau von neuen AKW auch aus Sicht des Bundes unerlässlich ist, wird es nun schwieriger, das Schweizer Stimmvolk davon zu überzeugen.

Das deutliche Resultat in Zürich spiegelt einerseits die Skepsis vieler Zürcher gegen-

ihrem Portfolio aus Wasserkraftanlagen und ihren Beteiligungen an Atomkraftwerken kann die Stadt heute und auch die nächsten drei Jahrzehnte deutlich mehr Strom produzieren, als für ihre Versorgung nötig wäre. Die überschüssige Energie kann das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich im internationalen Handel teuer verkaufen. Die Gewinne daraus wird die Stadt dazu nutzen können, in neue erneuerbare Energien zu investieren und Geld auf die Seite zu legen, um die ebenfalls in 30 Jahren auslaufenden Wasserkonzessionen wieder zu sichern.

Als erster wichtiger Schritt in der städtischen Energiepolitik ist nun ein Kredit von 100 Millionen Franken für den Bau von Windkraftanlagen geplant. Ausserdem sind beim Triemli erste Bohrungen für die Nutzung der Geothermie vorgesehen. Aufgegleist ist zudem die Schaffung eines Beraterteams, das KMU in Fragen der Energieeffizienz unterstützt. Ebenfalls in Energiefragen beraten werden sollen Bauwillige und Fachleute aus Planung und Architektur. Dazu wurden dem Gemeinderat insgesamt 5 Millionen Franken beantragt.

Schweizweite Signalwirkung

Dass sich die Wirtschaftsverbände vehement für ein Nein eingesetzt hatten, ist auch darauf zurückzuführen, dass auf gesamtschweizerischer Ebene wichtige Abstimmungen zum Bau neuer AKW bevorstehen. Erst gestern wurde in der «NZZ am Sonntag» bekannt, dass die Energiekonzerne Axpo und BKW diese Woche ein entsprechendes Gesuch einreichen werden. «Zürichs Ja ist kein Verdikt gegen die Atomenergie», ist Türler jedoch überzeugt. Seiner Ansicht nach darf nicht zugelassen werden, dass die Schweiz zum Netto-Importeur von Strom wird.

über nuklearer Energie. Andererseits ist das deutliche Ja auch ein Vertrauensbeweis. Der Limmatstadt und dem Elektrizitätswerk der Stadt (EWZ) wird offenbar zugetraut, den Atomausstieg in 3 Jahrzehnten zu schaffen, ohne massive Erhöhungen bei den Strompreisen zu riskieren. Dieses Vertrauen dürfte in der gegenwärtigen Kontroverse um die Strompreiserhöhungen gestärkt worden sein. Das EWZ hat als einziges Elektrizitätswerk der Schweiz die Preise nicht erhöht, sondern sogar gesenkt. Offen ist, ob das Zürcher Stimmvolk dem EWZ auch dann noch vertrauen wird und bereit sein wird, in erneuerbare Energien zu investieren, wenn die Strompreise ansteigen.

Mit dem gestrigen Entscheid ist die Gemeindeordnung Zürichs durch äusserst ehrgeizige Ziele ergänzt worden. Vorerst sind es



aber bloss Absichtserklärungen. Bisher hatte sich die Stadt zurückhaltend darüber geäussert, wie die Erreichung dieser Ziele aussehen könnte. Bei den CO₂-Emissionen ist die Stadt stark abhängig vom Kanton und vom Bund, welche die Gesetze zur Gebäudeisolation und zu den CO₂-Abgaben vorgeben. Und ohne gigantische Investitionen und technologische Innovationen wird es zudem kaum möglich sein, den Energiebedarf vollständig mit erneuerbaren Energien abzudecken – auch nicht auf lange Sicht. Denn Einsparungen bei den CO₂-Emissionen durch Wärmepumpen oder Elektrofahrzeuge werden den Energiever-

brauch nicht senken, sondern eher anheizen. *ami.* Ob sich die Stadt die nötigen Investitionen leisten kann, wird sich zeigen. Allzu lange darf die Stadt jedoch nicht experimentieren. Sollte sich in den nächsten Jahren abzeichnen, dass die Ziele zu hoch gegriffen waren oder sich als zu teuer erweisen, muss der Stadtrat rasch handeln und den AKW-Passus mit Zustimmung des Volks aus der Gemeindeordnung streichen. Ob bis dahin aber die Möglichkeit offen bleibt, sich an einem neuen Atomkraftwerk zu beteiligen, ist fraglich. Das ist das Risiko, das die Stadt Zürich mit dem Ja eingeht.